

ZUKUNFT HESSEN

AUSGABE 2/11

THEMA
GEBÜHREN-
FREIE BILDUNG

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN UND
DER LANDTAGSFRAKTION

www.spd-fraktion-hessen.de www.spd-hessen.de

KINDER OPTIMAL FÖRDERN

HESSISCHE ELTERN ENDLICH ENTLASTEN

HESSEN
SPD

PROFESSOR DR. JUTTA ALLMENDINGER

BESTE SCHULEN GEHÖREN IN SCHWIERIGSTE VIERTEL



Wir machen Erlebnisse.

Individuelle Promotion
internationale Veranstaltungen
Kultur-, Konzert-, Medienereignisse

www.palast-promotion.de

Ein perfekter Event ist inszenierte Emotion

Von A bis Z – sicher ans Ziel

Unser Erfolg ist Ihr Applaus



Viel Spaß auf dem Hessentag!



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

AUF EIN WORT

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

Fortschritte bei den Themen Familienfreundlichkeit, Kinderbetreuung und Bildung sind zumeist nur gegen den Widerstand der CDU zu erreichen. Das gilt in Hessen ganz besonders. Zwar sträubt sich die Union inzwischen nicht mehr gegen den Ausbau der Kinderbetreuung, aber sie kippt die Probleme den Kommunen und Eltern vor die Füße.

Die SPD fordert, Eltern, Kommunen und Träger von Kitas umfassend zu entlasten. Wir wollen Gebührenfreiheit, höhere Landeszuschüsse und weniger Bürokratie, verbunden mit weiterer Qualitätsverbesserung und Ausbau. Diese Ziele darf man nicht gegeneinander ausspielen, wie dies Schwarz-Grün tut, sondern sie müssen parallel angestrebt werden.

Eltern, Kita-Leitungen, Erzieherinnen und Erzieher, Träger und Kommunen sind aus Sicht der SPD Partner, die Wertschätzung verdient haben. Die Landesregierung spricht zwar viel von „Respekt“ und gibt viel Geld für Werbung aus, aber im täglichen Umgang erweist sie sich als respektlos und schlägt den Rat der Fachleute in den Wind. Am deutlichsten ist das beim Hessischen Kinderförderungsgesetz (KiföG) erkennbar, das viel Aufwand ohne erkennbaren Nutzen verursacht.

Von der Entlastung bei den Kita-Gebühren würden in Hessen zigtausende Niedrig- und Normalverdiener profitieren, die teilweise beträchtliche Gebühren zahlen. Denn in der Regel zahlen alle Eltern Gebühren, sofern sie nicht auf Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch

angewiesen sind. Es wird ja gerade wieder viel über Steuerreformen debattiert: Keine Steuerreform wird Familien so zielgenau und umfassend entlasten wie der Verzicht auf Betreuungsgebühren.

Alles rund um dieses zentrale Gerechtigkeitsthema, wie immer aus vielen Blickwinkeln betrachtet, finden Sie in diesem Heft. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Herzlichst



Günter Rudolph, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

3 AUF EIN WORT

4 INHALT

6 **RUBRIK**
FAKTENCHECK
Große Ungleichheit bei
Kita-Gebühren

8 **TITELTHEMA**
DREIFACHE
ENTLASTUNG
STÄRKT FRÜH-
KINDLICHE
BILDUNG
Gebührenfreie Kitas für
optimale Förderung

12 „BEI U3 NOCH VIEL
LUFT NACH OBEN“
Perspektiven der Kinderbe-
treuung aus Elternsicht



„BEI U3 NOCH VIEL LUFT NACH OBEN“



14 **MEHR FAMILIE,
MEHR NACHBAR-
SCHAFT,
MEHR QUALITÄT**
Perspektiven der Kinder-
betreuung aus Sicht der
Caritas

15 **LANDESREGIERUNG
TROCKNET
INVESTITIONEN AUS**
Finanzminister lässt war-
men Geldregen ungenutzt

16 **KINDERBETREUUNG
WIE AUS
DEM BILDERBUCH**
Löhnberg setzt
Gebührenfreiheit um

18 **RUBRIK**
**ACHTUNG,
SCHWARZ-GRÜN!**
Familienfreundlichkeit:
nicht so wichtig für
Schwarz-Grün



20 **SCHULGELD DURCH
DIE HINTERTÜR**
Schwarz-grüner „Pakt für
den Nachmittag“ belastet
Eltern

21 **CAMPUSMAUT
MUSS GESCHICHTE
BLEIBEN**
Keine Studiengebühren in
Hessen seit 2008

22 **GEBÜHRENFREIE
BILDUNG GEHÖRT
IN DIE VERFASSUNG**
Vorschläge der SPD Hessen
zur Verfassungsreform

24 **RUBRIK**
**»SAGEN SIE MAL,
HERR SCHÄFER-
GÜMBEL ...«**
Drei Fragen von Fabian
Pflume

25 **RUBRIK**
**WIR BLEIBEN AM
BALL: THEMA
VERKEHRSWENDE**

26 **RUBRIK**
**WOVON MEN-
SCHEN LEBEN**

27 **KLOTZ AM BEIN**
Das KiföG hilft nicht,
sondern stört

28 **RUBRIK**
**IN DEN
KOCHTOPF
GESCHAUT**
Tobias Eckert

30 **GUTE GESPRÄCHE
BEI ÄPPLER UND
COMEDY**
Apfelweinanstich und
Frühlingsempfang

32 **„DIE BESTEN SCHU-
LEN MÜSSEN IN DEN
SCHWIERIGSTEN
VIERTELN STEHEN“**
Prof. Dr. Jutta Allmendinger
bei der Klausurtagung
der SPD-Landtagsfraktion
in Berlin

34 **RUBRIK**
**MEIN LIEBLINGS-
PLATZ IN HESSEN**
Dietrich Faber

36 IMPRESSUM

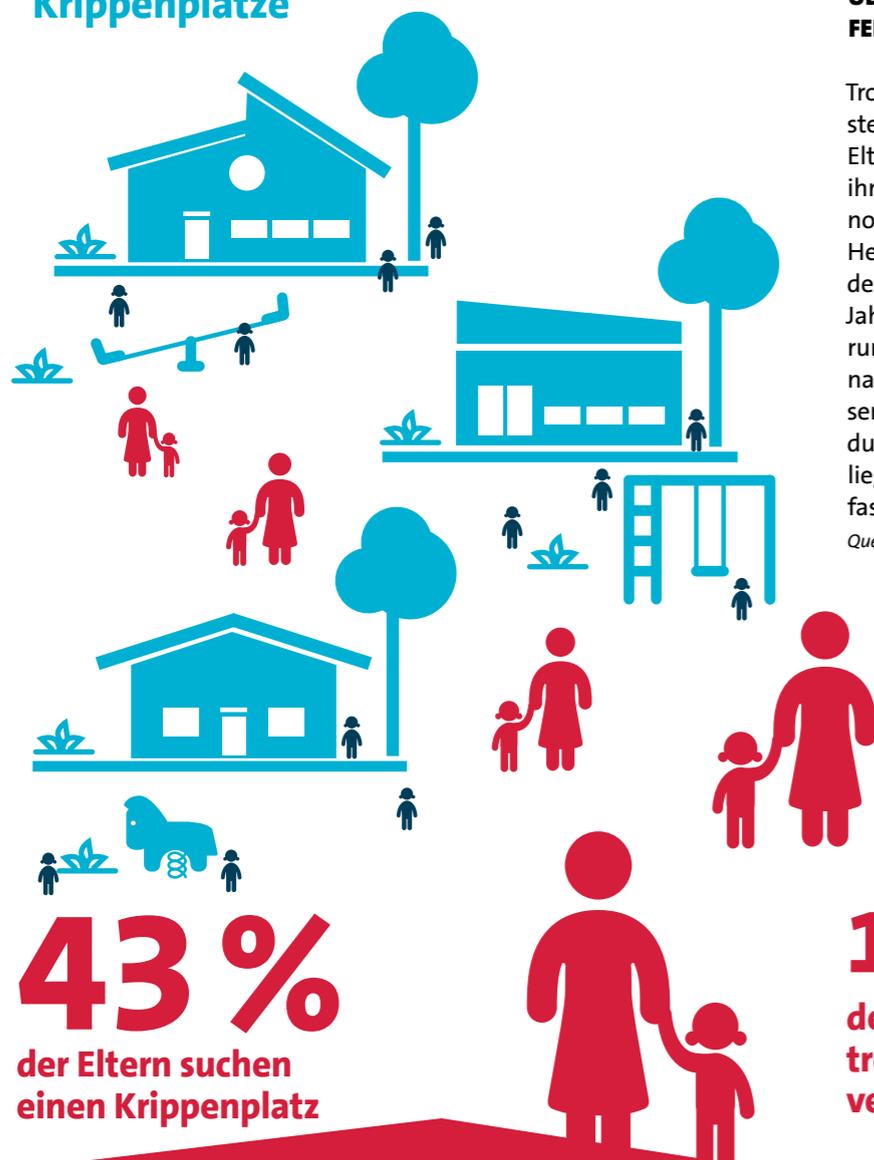


GROSSE UNGLEICHHEIT BEI KITA-GEBÜHREN

SPD-LANDESVERBAND – Text GERFRIED ZLUGA-BUCK Grafik MANUELA KUHN

Frühkindliche Bildung ist für die SPD ein Kernthema. Es gibt viel zu tun: Weiter fehlen viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Land Hessen trägt unter schwarz-grüner Regierung noch nicht einmal zehn Prozent der Kosten aus „echten“ Landesmitteln zum Betrieb der Kitas bei. Das zwingt die Kommunen immer wieder, die Elternbeiträge zu erhöhen. Auch beim Personal gibt es erheblichen Nachholbedarf. Hier die wichtigsten Fakten zum Thema.

Krippenplätze



ÜBER 23.000 KRIPPENPLÄTZE FEHLEN IN HESSEN

Trotz des seit dem Jahr 2013 bestehenden Rechtsanspruchs von Eltern auf einen Krippenplatz für ihr Kind fehlen in Hessen immer noch über 23.000 Plätze. In ganz Hessen suchen circa 43 Prozent der Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Krippenplatz. Für rund 14 Prozent ist die Suche nach einem Platz vergeblich. Hessen liegt damit über dem Bundesdurchschnitt, der bei 13,3 Prozent liegt. In ganz Deutschland fehlen fast 300.000 Krippenplätze.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

14 %
der Eltern suchen trotz Rechtsanspruch vergebens

GROSSE SPANNWEITE BEI GEBÜHREN

In Hessen existieren große Unterschiede in den monatlichen Beiträgen, die die Eltern für einen Platz in der Kinderkrippe, im Kindergarten oder im Kinderhort bezahlen müssen. Bei einer maximalen Betreuungsdauer, ohne Gebührenermäßigung oder Verpflegungsgeld, lagen beispielsweise die Kosten im Jahr 2015 zwischen 75 Euro und 700 Euro monatlich im Krippenbereich. Die Höhe der Elternbeiträge für einen Kindergartenplatz lag zwischen 45 Euro und 300 Euro pro Monat. Für einen Kinderhortplatz variierten die Beiträge zwischen 60 Euro und 295 Euro. Von vergleichbaren Lebensverhältnissen im Land kann da keine Rede sein.

Quelle: Evaluationsbericht der Landesregierung zum Hessischen Kinderförderungsgesetz

Kinderhortplatz

60 bis 295



Kindergartenplatz

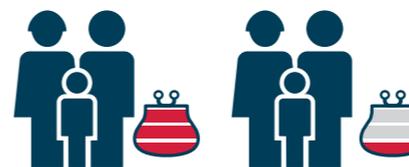
45 bis 300



FAKTENCHECK

Krippenplatz

75 bis 700



NEUN VON ZEHN KOMMUNEN OHNE SOZIALSTAFFEL

Nur neun Prozent der Städte und Gemeinden staffeln Kita-Gebühren nach dem Einkommen der Eltern. Dies bedeutet im Klartext: In neun von zehn Kommunen ist es egal, ob man ein hohes oder ein mittleres Monatseinkommen bezieht. Alle Eltern zahlen, sofern sie nicht Bezieher von Transferleistungen sind, den gleichen Beitrag.

Quelle: Evaluationsbericht der Landesregierung zum Hessischen Kinderförderungsgesetz



Alle Einkommensgruppen zahlen

GLEICHE KITA-GEBÜHREN

SCHLUSSLICHT BEIM PERSONALSCHLÜSSEL

In Hessen ist eine Fachkraft, die in Vollzeit beschäftigt ist, durchschnittlich für 3,8 Kinder in der Ganztagsbetreuung für Kinderkrippen beziehungsweise für 9,8 Kindergartenkinder verantwortlich. Damit hat Hessen den schlechtesten Personalschlüssel aller westdeutschen Flächenländer in den Kitas. In keinem anderen westdeutschen Bundesland müssen sich Erzieherinnen und Erzieher um so viele Kinder gleichzeitig kümmern wie in Hessen.

Quelle: Ländermonitor frühkindliche Bildung, Bertelsmann Stiftung

PERSONALSCHLÜSSEL Kindergarten

Kinderkrippe

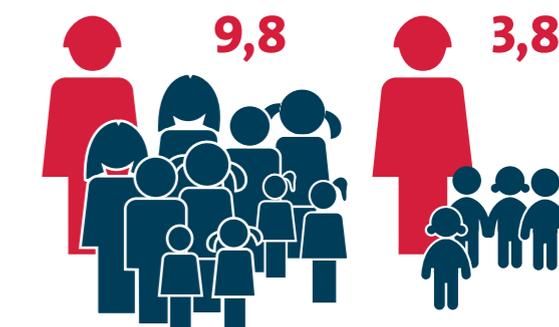




FOTO: JULIA BETTENDORF

DREIFACHE ENTLASTUNG STÄRKT FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Gebührenfreie Kitas für optimale Förderung

SPD-LANDTAGSFRAKTION –

Text **THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND GERHARD MERZ**

Thorsten Schäfer-Gümbel
beim Besuch der Wiesbadener
AWO-Kita „Grit Wölfert“.

Neuen Schub für Bildung, Familienentlastung und sozialen Fortschritt verspricht das Vorhaben der hessischen SPD, Kindergärten und Kinderkrippen schrittweise für Eltern gebührenfrei zu machen. Verbunden damit wird eine Entlastung der Kommunen, indem das Land zwei Drittel der Kosten übernimmt, die bislang von Städten und Gemeinden getragen werden. Und schließlich wollen wir die Träger von Kitas und Krippen von komplizierten, lähmenden Vorschriften befreien, die mit dem geltenden Hessischen Kinderförderungsgesetz (KiföG) verbunden sind. Das Ziel „gebührenfreie Kitas“ steht also für eine dreifache Entlastung: der Eltern, der Kommunen und der Träger.

Der Volksmund sagt: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Das mag manchmal stimmen und ist manchmal auch kompletter Unsinn. So im Bereich der Bildung. Dass Bildung kostenlos angeboten wird, ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und eine Selbstverständlichkeit. Und da gibt es trotz Lernmittelfreiheit und Schulgeldfreiheit noch Defizite.

Der größte Mangel im deutschen Bildungssystem ist die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Der Bildungsstand und der Geldbeutel der Eltern bestimmen immer noch weitgehend, was aus einem Kind werden kann. Dass allein Fleiß und Begabung zählen, ist ein frommes Märchen. Dieser durch

vielfache internationale Vergleichsstudien belegte Zustand verbaut vielen Kindern immer noch die Chance, alle ihre Talente bestmöglich zu entfalten.

„Wer frühkindliche Bildung ernst nimmt, muss sie gebührenfrei anbieten.“

So wie Schulen und Universitäten aus unserer Sicht gebührenfrei sein müssen, so muss es auch für die Kitas gelten. Wer die frühkindliche Bildung ernst nimmt und als Grundstein für spätere Bildungserfolge sieht, muss sie geradezu zwangsläufig gebührenfrei anbieten.

Das ist heute noch viel nötiger, weil in hessischen Städten und Gemeinden in den vergangenen Jahren vielfach Gebühren erhöht wurden, häufig auch unter Beteiligung der SPD. Die Kommunen haben das nicht aus freien Stücken getan, sondern weil sie aufgrund der schwarz-grünen Finanzpolitik mit dem Rücken zur Wand stehen. Die Eltern zahlen die Zeche für die Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, die finanziell am Tropf des Landes hängt. Die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit schlägt bis ins Portemonnaie der Eltern durch. Wir wollen die optimale Förderung aller Kinder von Anfang an. „Frühkindliche Bildung“ heißt

FAKTEN

VIER SCHRITTE ZUM ZIEL

Die hessische SPD will die Elternbeiträge in vier Schritten nach der Landtagswahl 2019 abschaffen.

1. Schritt:

Keine Gebühren im letzten und vorletzten Kindergartenjahr für alle Betreuungszeiten, also auch einen Ganztagsplatz.

2. Schritt:

Das erste Kindergartenjahr wird ebenfalls für alle Betreuungszeiten beitragsfrei.

3. Schritt:

Kinder ab zwei Jahre können unabhängig von der Betreuungszeit kostenfrei in Krippe und Kita.

4. Schritt:

Frühe Bildung ist komplett gebührenfrei.

nicht, die Kitas zu verschulen und Kinder früh mit Leistungsdruck zu überfordern. Es geht darum, auf spielerische Weise soziale, musische, kognitive, vor allem auch sprachliche Kompetenzen zu fördern. Und es geht darum, Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft möglichst früh abzubauen.

Frühe Bildung ist nur eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass Eltern auf gute – tendenziell auch längere und flexiblere – Betreuungsangebote schlicht angewiesen sind, um Familie und Beruf in Einklang bringen zu können.

Der Ausbau der Kinderbetreuung in allen Altersstufen ist in den vergangenen Jahren stark vorangekommen. Der von der SPD

> Weiter auf S. 10

FAKTEN

RECHTSANSPRUCH

Seitdem 1996 der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder ab dem dritten Geburtstag eingeführt wurde, hat sich viel getan. Die Kinderbetreuung wurde massiv ausgebaut. 2013 wurde der Rechtsanspruch auf Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr erweitert. Auch der Ausbau für diese Altersgruppe läuft auf Hochtouren. Allerdings fehlen in Hessen nach den aktuellsten Zahlen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) noch 23.000 Plätze in Krippen. Das IW geht davon aus, dass landesweit die Eltern von rund 43 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz wollen. Für 13,7 Prozent aller Kinder ist die Suche bislang vergeblich.

forcierte Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz war Motor der Entwicklung. Die Kommunen haben unglaubliche Anstrengungen unternommen, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden und dabei gleichzeitig auch noch die Qualität der Kinderbetreuung zu steigern. Doch das Land Hessen hat sie und die Eltern bei der Finanzierung des Ausbaus und vor allem bei den laufenden Kosten schlicht im Stich gelassen. Von den Betriebskosten der Kitas trägt das Land aus eigenen Mitteln gerade einmal ein Zehntel. Als Roland Koch 1999 ins Amt kam, war eine der ersten Maßnahmen, die sogenannten Verstärkungsmittel – also Zuschüsse aus originären Landesmitteln – zu streichen.

Es geht auch anders: In Baden-Württemberg hat das Land unter grün-roter Regierung vereinbart,

aus eigenen Mitteln und Bundeszuschüssen zwei Drittel der Kosten zu übernehmen. Im SPD-regierten Rheinland-Pfalz zahlt das Land ein Viertel bis knapp die Hälfte der Personalkosten, die den Löwenanteil an den laufenden Betriebskosten ausmachen. Deswegen muss die Gebührenfreiheit für Eltern mit einer deutlichen Entlastung der Kommunen einhergehen. Unser Plan ist, bei den Seiten zu helfen.

Wie ungerecht es bei den Gebühren in Hessen zugeht, hat die Landesregierung selbst bestätigt: Für einen Kita-Platz fällt in Hessen ein Elternbeitrag zwi-



FOTO: JULIA BETTENDORF

schen 45 und 300 Euro an – je nach Wohnort. Ein Krippenplatz kostet zwischen 75 und 700 Euro monatlich. Nein, die Zahl 700 ist kein Tippfehler, sie stammt aus dem Bericht der Landesregierung zur Evaluation des sogenannten Kinderförderungsgesetzes. Einige wenige Kommunen haben das Glück, aufgrund guter Einnahmen sogar kostenfreie Kitas anbieten zu können, andere müssen die Gebühren hochschrauben, um den Vorgaben der Kommunalaufsicht zu entsprechen. Von

gleichwertigen Lebensverhältnissen für Familien entfernt sich Hessen unter der schwarz-grünen

„Das KiföG ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.“

Regierung immer weiter. Bei der Neufassung des KiföG stand der Anspruch Pate, „zielgenauer“ und „gerechter“ zu finanzieren. Gegen den geballten Widerstand der Betroffenen wurde das Gesetz seinerzeit von Schwarz-Gelb durchgepackt. Und Schwarz-Grün begnügt sich heute mit der lapidaren Feststellung, es hätte

Von langen Wartelisten für Krippenplätze berichten die Kita-Leiterin Sabine Hofmann-Kaste und ihre Kollegin Katrin Sauer.

schlimmer kommen können. Was für ein Armutszeugnis.

Das KiföG ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Kompliziert, bürokratisch und intransparent, überfordert es die Träger, benachteiligt Kitas mit kleinen Gruppen oder bedarfsgerechten längeren

FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Öffnungszeiten. Die SPD will das KiföG deshalb durch ein neues, besseres Gesetz ersetzen, das den Trägern mehr Geld bringt und weniger Verwaltungsaufwand erfordert.

Bleibt die berechtigte Frage: Wie kann das Land die Gebührenfreiheit und die Entlastung der Kommunen finanzieren? Der Hinweis, dass andere Länder wie Berlin oder Rheinland-Pfalz das schon hinbekommen, zeigt zunächst, dass das Ziel keine Utopie ist, sondern Resultat politischer Prioritätensetzung. Es geht, wenn man will. Die Steuereinnahmen in Hessen sind schon in den vergangenen Jahren deutlich stärker als erwartet gestiegen. Niemals

„Gebühren verbauen Chancen und verhindern Bildungsgerechtigkeit.“

hatte eine Landesregierung mehr Geld zur Verfügung als Schwarz-Grün heute. Wenn Hessen durch die Neu-



Gerhard Merz kämpft seit langem gemeinsam mit Thorsten Schäfer-Gümbel für eine möglichst gute frühkindliche Bildung, der die CDU-geführten Regierungen seit 1999 vielfach Steine in den Weg gelegt haben.

BEISPIEL SONTRA

Auch immer mehr Kommunen sprechen sich für gebührenfreie Kinderbetreuung aus. Jüngstes Beispiel ist die nordhessische Gemeinde Sontra im Werra-Meißner-Kreis. Die Stadtverordneten in der nordhessischen Stadt mit rund 8000 Einwohnern haben am 9. Mai beschlossen:



„Das Land Hessen (...) wird aufgefordert, den Grundsatz der Gebührenfreiheit von Bildung insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung umzusetzen, indem die Betreuung der Kinder in den Kindertagesstätten des Landes Hessen kostenfrei wird und die Kosten dafür durch das Land Hessen übernommen werden.“

ordnung des Länderfinanzausgleichs nochmals um mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr entlastet wird, wächst der Spielraum sogar noch. Nur am Rande erwähnt: Volker Bouffier hatte schon 2013 versprochen, Kitas gebührenfrei zu machen, wenn der Länderfinanzausgleich reformiert wird. Heute erinnert er sich lieber nicht mehr daran.

Der Stufenplan, die Kita-Gebühren schrittweise innerhalb von fünf Jahren abzuschaffen und durch das Land zwei Drittel der laufenden Kosten zu übernehmen, ist absolut realistisch. Bildung, Familien, soziale Gerechtigkeit und Stärkung der Kommunen sind uns das wert.

„BEI U3 NOCH VIEL LUFT NACH OBEN“

Perspektiven der Kinderbetreuung aus Elternsicht



INTERVIEW mit **TIBA MALEH**, Vorsitzende des Stadtelternbeirats der städtischen Kindertagesstätten in Wiesbaden

Frau Maleh, was sind aus Sicht der Elternschaft die größten Probleme im Bereich der Kinderbetreuung, die gelöst werden müssen? Gebührenbefreiung, Personalsituation und Öffnungszeiten.

Wie schätzen Sie die Versorgung mit Betreuungsplätzen ein?

Im U3-Bereich können wir nicht zufrieden sein. Solange man als werdende Eltern den Druck hat, eine vorgeburtliche Anmeldung zu machen, ist da noch viel Luft nach oben! Der Ü3-Bereich ist etwas entlastet, jedoch ist hier auch noch reichlich Nachbesserungsbedarf. Die Hortbetreuung verdient die Note mangelhaft.

Welche Anforderungen bestehen aus Elternsicht im Hinblick auf die Personalausstattung in den Kitas?

Hier besteht ein hoher Anpassungsbedarf. Der Personalschlüssel berücksichtigt nicht im Ansatz hinzukommende Themen wie Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf oder Kinder mit Fluchthintergrund. Wer behauptet, der Tagesbetrieb läuft mit dem vorgegebenen Personalschlüssel gut, hat sicherlich bislang wenig Zeit in der Kita verbracht.

ELTERNPOST

FAKTEN

STIMME DER ELTERN

Der Stadtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten in Wiesbaden vertritt die Eltern von rund 4000 Kindern, die in 37 städtischen Kindertagesstätten betreut werden. Der seit 1982 bestehende Stadtelternbeirat arbeitet überparteilich. Er ist Ansprechpartner für Verwaltung und Politik. Seit Juli 2015 gibt es auch die Arbeitsgemeinschaft „Kita-Eltern Hessen“, die sich landesweit als Stimme der Eltern etablieren will. Mehr über den Wiesbadener Stadtelternbeirat unter www.seb-kt.de und über die landesweite Elternvertretung unter www.kita-eltern-hessen.de

Eltern sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Kitas, aber auch für die Politik, wenn es um Kinderbetreuung geht.

Wie steht es um die Flexibilisierung von Öffnungszeiten? Die einen sagen: Nicht die Kinderbetreuung muss auf die Bedingungen der Arbeitswelt reagieren, sondern die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden. Was können Sie beiden Positionen abgewinnen?

Man kann weder die eine noch die andere Seite gesondert betrachten. Wenn beide Seiten kleine Schritte aufeinander zugehen würden, wäre viel gewonnen. Die Öffnungszeiten sind weit davon entfernt, beiden Eltern eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Gleichzeitig sind viele Erwerbstätige in Teilzeit vom beruflichen Weiterkommen ausgeschlossen. Arbeitgeber verlangen zeitliche Flexibilität. Wir Eltern bewegen uns täglich aufs Neue im Spannungsfeld zwischen Beruf und Kinderbetreuung. Flexiblere Öffnungszeiten und zeitliche Flexibilität würden hier den Druck von uns nehmen.

Die SPD in Hessen fordert schrittweise eine dreifache Entlastung: Gebührenfreiheit für die Eltern, deutlich höhere Landeszuschüsse für die Kommunen und die Befreiung der Träger von dem engen Korsett des „KiföG. Wie sehen Eltern diese Vorschläge?

Selbstverständlich begrüßen wir eine Gebührenfreiheit. Jedoch nicht zu Lasten der Betreuungsqualität und des Ausbaus der Betreuung. Höhere Landeszuschüsse sehen wir als notwendig an. Zugleich sollte die Politik auch die Wirtschaft in die Verpflichtung nehmen, sich stärker an dem Thema Kinderbetreuung zu beteiligen. Das KiföG gibt wichtige und notwendige Schlüssel vor, die allerdings oftmals an der Realität vorbeigehen: So gibt es keine ausreichende Zeit für die so wichtigen Elterngespräche oder wenig zusätzliche pädagogische Angebote. Es fehlt der Rechtsanspruch auf einen Hortplatz! Eltern stehen vor den Problemen große Gruppen, wenig pädagogische Qualität, zu-

sätzliche Kosten. Hier sehen wir überhaupt keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Wir wünschen uns mehr und besser ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal, kleinere Gruppen und individuelle Betreuung für Inklusionskinder!

Abschließend möchte ich anregen, alte Zöpfe abzuschneiden und auch mal das „undenkbare“ zu denken, um die Kinderbetreuung weiter nach vorn zu bringen! Ein Blick auf die Situation vor Ort, sowie Mut und Kreativität lohnen sich für uns alle. Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit geben, zu diesem Thema Stellung zu nehmen!

Wir haben Ihnen zu danken, für das Gespräch und die Anregungen.



MEHR FAMILIE, MEHR NACHBARSCHAFT, MEHR QUALITÄT

Perspektiven der Kinderbetreuung aus Sicht der Caritas

**GASTBEITRAG – Von DIÖZESANCARITÄSDIREKTOR
THOMAS DOMNICK**

ration muss mit einem eigenen Gruppenfaktor gesetzlich verankert werden, da die Regelung über eine Rahmenvereinbarung zu viele Hintertüren offen lässt. Kitas unterliegen heute neben dem pädagogischen Qualitätsanspruch für das Kind jedoch auch Ansprüchen, die Familien insgesamt stärker in den Fokus zu nehmen. Unser Ziel ist dabei „mehr Familie, mehr Nachbarschaft, mehr Qualität“. Die Unterstützung und Begleitung der Familie in ihrer Erziehungs- und Bildungsaufgabe durch die sozialräumliche Vernetzung bis hin zur Weiterentwicklung der Kitas zu Familienzentren ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Um diesen Herausforderungen adäquat zu begegnen, braucht es auch zusätzliche Zeiten für Leitungstätigkeiten. Die beschriebenen Aufgaben „nebenher“ zu leisten heißt, diese Zeit letztlich für die pädagogische Arbeit mit den Kindern fehlt. Die Evaluation des KiföG hat gezeigt, dass beispielsweise die Qualitätspauschale vielfach in die Sicherung der Fachkraftstunden fließt und nicht zu einem Mehr an Qualität führt. Hier müssen klarere Vorgaben erfolgen. Um allen Familien, besonders

den einkommensschwächeren, freien Zugang zu Bildung – und diese beginnt in den Kitas – zu gewährleisten, fordert die Caritas in Hessen die Beitragsfreiheit und begrüßt die Entlastung der Familien. Dabei versteht es sich von selbst, die Mehrkosten nicht den Kommunen aufzubürden, sondern diese schon heute so auszustatten, dass sie auch in Zukunft für soziale Aufgaben handlungsfähig bleiben.



Thomas Domnick arbeitet seit 1993 im Bistum Mainz. Seit 2009 ist er Vorstand des Caritasverbandes für die Diözese Mainz. Die Caritas ist ein Verband der freien Wohlfahrtspflege und widmet sich sozialen und karitativen Aufgaben in Staat, Kirche und Gesellschaft. Dazu gehört auch der Betrieb von Kindertagesstätten.

Die Kirchen engagieren sich stark in der Kinderbetreuung. Diese Kita liegt direkt neben der katholischen Stadtkirche St. Bonifatius in Wiesbaden.

Zentrale Aufgabe der Kitas nach dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan ist die möglichst frühe, optimale und nachhaltige Förderung jedes Kindes. Mit Blick darauf, dass sich die Anforderungen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben, brauchen Kitas entsprechend qualifiziertes Personal, das neben der pädagogischen Arbeit mit dem Kind selbst ausreichend Zeit zur mittelbaren pädagogischen Arbeit wie Vorbereitung, Elterngespräche etc. hat. Ein besonderes Augenmerk ist dabei besonders auch auf beeinträchtigte Kinder zu legen. Die Integ-

LANDESREGIERUNG TROCKNET INVESTITIONEN AUS

Finanzminister lässt warmen Geldregen ungenutzt

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Von NORBERT SCHMITT

Die Landesregierung schwimmt im Geld, weil die Konjunktur gut läuft und der Bund Hessen Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Damit besteht finanzieller Handlungsspielraum, den die schwarz-grüne Landesregierung aber nicht nutzt.

Im Vergleich zur Vorgängerregierung (Haushalt 2012 zu 2017) hat Hessen sage und schreibe 4,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Unter anderem hat der Bund seit 2014 seine Leistungen an Hessen um 1,2 Milliarden Euro aufgestockt. Dazu kommen 3,2 Milliarden Euro Steuererhöhungen nach Länderfinanzausgleich. Nach der neusten Schätzung wird der letzte schwarz-grüne Haushalt 2019 über 6,7 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen haben – sogar nach den Abführungen in den Länderfinanzausgleich (LFA) – als der letzte Haushalt der Vorgängerregierung.

Trotz dieser zusätzlichen Milliarden werden in Hessen aber die Investitionen abgesenkt. Der Finanzminister steht in einem warmen Geldregen und trocknet gleichzeitig die Investitionen aus. Der Anteil öffentlicher Investitionen hat in Hessen in den Jahren 2015 und 2016 historische Tiefstände erreicht! Ein Umsteuern ist nicht vorgesehen. Der Finanzplan sieht weitere Absenkungen vor, obwohl es großen Investitionsstau bei

Verkehrsprojekten gibt, obwohl es an bezahlbaren Wohnungen mangelt, obwohl Milliarden im Schulbau fehlen – um nur einige Punkte zu nennen. Allein der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen beläuft sich auf mindestens vier Milliarden Euro.

Eine Studie der Wirtschaftsberatung PricewaterhouseCooper (PwC) zeigt, dass Hessen nur 400 Euro pro Einwohner für Investitionen aufbringt. Der Durchschnitt der alten Flächenländer liegt bei 462 Euro. Hessen investiert demnach 376 Millionen unter dem Mittel.

Die Rücklage des Landes beträgt derzeit 1,2 Milliarden Euro. Auch daran sieht man, wie gut es derzeit dem Land geht und dass man sich den Mut zu r

politischen Gestaltung durchaus leisten kann.



Norbert Schmitt ist seit 1995 Mitglied des Hessischen Landtages. Er ist finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Obmann in der Verfassungenquete.



KINDERBETREUUNG WIE AUS DEM BILDERBUCH



Löhnberg setzt Gebührenfreiheit um

Von **MARTINA PROPSON-HAUCK**

*Dr. Frank Schmidt ist seit 2008
Bürgermeister von Löhnberg.*

Löhnberg ist eine kleine Gemeinde nördlich von Weilburg im Landkreis Limburg-Weilburg. Wenn man mittags zwischen 12 und 14 Uhr im Mehr- generationenhaus in der Dorfmitte eintrifft, merkt man, dass die klangliche Nähe zum schwedischen Bilderbuch-Kinderidyll Lönneberga kein Zufall sein kann: Hier bekommen alle Kinder ein warmes Mittagessen, ein gutes Dutzend Senioren ebenfalls und manchmal setzt sich auch Bürgermeister Frank Schmidt dazu. Er ist im Februar 2016 wiedergewählt worden mit 67,8 Prozent. Die SPD, deren Ortsvereinsvorsitzender er ebenfalls ist, hat bei der Kommunalwahl am 6. März in Löhnberg stattliche 62,6 Prozent geholt. Das sind Ergebnisse, von denen Sozialdemokraten andernorts nur träumen können. Bei

seinem Amtsantritt 2009 regierte im Gemeindepapament noch eine Koalition aus CDU und FWG, die SPD hatte 49 Prozent. Dazwischen liegt eine Politik, die offensichtlich gut bei den Wählerinnen und Wählern ankommt: Für Kinderbetreuung zahlen Familien mit Kindern im Alter von ein bis zehn Jahren in der 4400-Seelen-Großgemeinde keinen Cent. Damit können sie pro Kind im Laufe der Jahre an die 15000 Euro sparen, wenn sie das komplette Angebot nutzen. Das ist durchaus ein gutes Argument, nach Löhnberg zu ziehen: Seit der Einführung der kostenlosen Kinderbetreuung ist der Ort um 200 Köpfe gewachsen – vorher schrumpfte er. „Mit dem Angebot der kostenlosen Kinderbetreuung verhindern wir auch das Ausbluten der länd-

lichen Region“, sagt Schmidt. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete hat nach seiner Wahl zum

„Mit der kostenlosen Kinderbetreuung verhindern wir auch das Ausbluten der ländlichen Region.“

Bürgermeister sein politisches Lieblingsthema mit der Realität konfrontiert – und es passt. „Das gemeinsame Aufwachsen von Kindern ist unheimlich wichtig“, sagt er. Bildung fängt eben nicht erst in der Schule an. „Es kann doch nicht sein, dass Betreuung und frühkindliche Bil-

dung eine Frage des Geldbeutels der Eltern sind“, davon ist der dreifache Vater überzeugt. Doch wie sieht es mit dem Geldbeutel der ohnehin klammen Kommunen aus? Löhnberg steht deswegen seit 2013 unter dem finanziellen Schutzschirm des Landes Hessen. Das bedeutet, dass das Land ein strenges Auge auf die Finanzen hat und die rote Karte zeigt, wenn die Kommune mutwillig auf dringend benötigte Einnahmen verzichtet. Wie also kann man trotzdem kostenlose Kinderbetreuung anbieten? Die Rechnung macht Schmidt mit spitzem Bleistift auf: Je mehr Kinder eine Betreuungseinrichtung besuchen und je länger pro Tag sie das tun, desto mehr Zuschüsse erhält eine Gemeinde vom Land. Und weil die Betreuung in Löhnberg nichts kostet, nehmen das viele Eltern gern an. „Wenn die Bude voll ist, gibt es also auch mehr Geld, der einzel-

BEISPIEL WANFRIED

Auch die nordhessische Kleinstadt Wanfried fordert, Kitas für Eltern gebührenfrei zu machen und die Kommunen von den ständig steigenden Kosten zu entlasten, um gleiche Chancen für alle zu schaffen.



Einen entsprechenden Beschluss haben die Stadtverordneten einstimmig gefasst.

Interessant daran: In Wanfried hat die CDU die Mehrheit. „Wenn wir frühkindliche Bildung ernst nehmen, dann kann sie genau wie schulische Bildung nur gebührenfrei sein“, heißt es in der Antragsbegründung.

ne Platz wird günstiger“, erklärt Frank Schmidt. Denn Festkosten für Personal, Gebäude und deren Unterhalt bleiben ja gleich, auch wenn manche Kinder schon um 12 Uhr abgeholt werden. Er weiß

aber auch, dass das Löhnberger Modell nicht einfach auf alle Kommunen übertragbar ist. Denn aufgrund der strukturellen Gegebenheiten hat Löhnberg den Gemeindeanteil für die Betreuungskosten von zuvor mehr als 70 Prozent auf gut 50 Prozent senken können. Außerdem sind alle Betreuungseinrichtungen in städtischer Hand, auch die für Schulkinder. Und alle drei Ein-

„Dank, KiföG ‘ erhalten wir dieselben Zuschüsse, mit doppeltem Verwaltungsaufwand.“

richtungen sind sehr groß (100 bis 120 Kinder), die größten im Landkreis Limburg-Weilburg. Das senkt ebenfalls die Kosten.

Kinder brauchen Platz zum Toben und Klettern.





ACHTUNG



SCHWARZ-GRÜN

FAMILIEN- FREUNDLICHKEIT: NICHT SO WICHTIG FÜR SCHWARZ-GRÜN

SPD-LANDESVERBAND – Text NANCY FAESER

Gebührenfreie Bildung und Betreuung: nicht so wichtig. In etwa so lässt sich die Position von CDU und Grünen in Hessen auf den Punkt bringen. Jedenfalls haben die Koalitionspartner mit Begründungen dieser Art den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion für die stufenweise Abschaffung der Kita-Gebühren abgelehnt.

Viele hessische Familien sehen das mit dem „nicht so wichtig“ vermutlich anders. Denn bis zu 700 Euro pro Monat müssen sie mancherorts aufbringen, um eines ihrer Kinder in einer Krippe unterzubringen. Macht nach Steuern um die 8000 Euro, die pro Jahr in der Familienkasse fehlen.

Und auch wenn das ein Extrembeispiel ist: Vierstellige Beträge pro Jahr und Kind sind auch für hessische Mittel- und Geringverdiener die Regel. Eine Staffelung der Regelgebühr nach Einkommen gibt es meist nicht. Bei mehreren Kita-Kindern kann da am Küchentisch schnell die Frage aufkommen, ob ein Elternteil nicht besser gleich ganz zu Hause bleibt. Dabei sind sich Fachleute einig, dass gerade für Familien aus bildungsfernen Schichten Kita-Besuch und Erwerbstätigkeit der Mütter integrationsfördernd wirken. Alles nicht so wichtig?

Familien mit Schulkindern haben von Schwarz-Grün ebenfalls nicht viel zu erwarten. 2013 klang das noch ganz anders. „Derzeit gibt es einen Flickenteppich von Grundschulen mit Betreuungsangeboten (...) Der Ausbau stockt, weil das Land bei den Betreuungsangeboten auf die Kommunen verweist und die Kommunen vom Land den Ausbau von Ganztagschulen fordern. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel zu Lasten der Kinder sowie ihrer Mütter und Väter wollen wir beenden“, stellten die Grünen im Wahlkampf fest und versprachen eine „Bildungs- und Betreuungsgarantie“ für alle Kinder von 7.30 bis 17.00 Uhr.

Nach dreieinhalb Jahren Schwarz-Grün hat sich daran nichts geändert. Von einer Betreuungsgarantie ist nichts zu sehen. Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wurde stattdessen ein „Pakt für den Nachmittag“, vereinbart. An dem können sich Kommunen und Schulen beteiligen. Oder eben auch nicht, wenn sie das mangels Mitteln nicht leisten können. Berufstätige Eltern, die das Pech haben, dass es

an ihrer Schule kein passendes Angebot gibt, müssen weiterhin auf einen Hortplatz mit ausreichenden Betreuungszeiten hoffen oder ihren Job an den Nagel hängen. Derzeit beteiligen sich gerade einmal 10,5 Prozent der hessischen Grundschulen am „Pakt“. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nicht so wichtig für CDU und Grüne.

Teuer wird es für Eltern in jedem Fall. Der „Pakt für den Nachmittag“ ist in Wahrheit Schulgeld für den Nachmittag. Bis zu 200 Euro pro Monat und Kind werden fällig. Auch so werden Kinder aus bildungsfernen Schichten von Bildungsangeboten ferngehalten. Nicht so wichtig?

Zusammengefasst: Familienfreundlichkeit ist für CDU und Grüne in Sonntagsreden eine nette Sache – aber bezahlen sollen sie andere. Am besten die finanziell ausgebluteten Kommunen – oder gleich die Familien selbst.

Kein Spielgeld – Eltern zahlen beträchtliche Betreuungsgebühren



Selten lagen die Alternativen für junge Familien so klar auf dem Tisch. Martin Schulz und die SPD wollen Normalverdiener entlasten und in die Zukunft zu investieren. Wir wollen bessere Schulen und die Abschaffung der Kita-Gebühren. Dazu müssen unsere hessischen Kommunen entlastet und das schwarz-grüne KiföG durch ein besseres Kinderförderungsgesetz ersetzt werden. Die derzeitigen Steuereinnahmen und die frei werdenden Mittel aus dem Länderfinanzausgleich bieten in Hessen die Möglichkeit dazu. Doch die CDU will stattdessen Steuergeschenke für ihre Klientel.

Gut, dass die Bundestags- und danach die Landtagswahlen vor der Tür stehen. Damit haben hessische Familien zweimal die Gelegenheit, für familienfreundlichere Politik zu stimmen und Kita-Gebühren abzuwählen.

¹ B'90/Die Grünen Hessen: „Grüne Konzepte für Hessen: die grüne Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkindern“ vom 18.03.2013.

SCHULGELD DURCH DIE HINTERTÜR



Schwarz-grüner „Pakt für den Nachmittag“ belastet Eltern

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Von CHRISTOPH DEGEN

Christoph Degen ist Landtagsabgeordneter aus dem Main-Kinzig-Kreis und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Das angeblich „größte Ausbauprogramm in der Geschichte des Landes“ entpuppt sich als Lachnummer. Auch wenn bisher insgesamt 16 Schulträger an dem Landesprogramm teilnehmen, bieten aktuell lediglich 122 Grundschulen (10,5 Prozent aller Grundschulen) den Pakt für den Nachmittag an.

Die Nachfrage danach hält sich also sehr in Grenzen. Viele Schulen wollen zwar gerne Ganztagschule werden, wünschen sich aber ein Programm aus einem Guss. Zudem nimmt nur ein Teil einer Klasse am Angebot des Pakts für den Nachmittag teil, sodass keine Gruppenkontinuität vormittags und nachmittags gegeben ist. Der Unterricht kann somit nicht besser auf den Vor- und Nachmittag verteilt (rhythmisiert) werden.

Wie der Kultusminister in der Januar-Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses zugab, sind durch den Pakt seit dem Schuljahr 2015/2016 lediglich 34 Grundschulen zu den bereits ganztägig arbeitenden Schulen dazugekommen. Alle ande-

ren Pakt-Schulen waren vorher längst in einem Profil der hessischen Ganztagschulrichtlinie verankert.

Der Pakt presst überwiegend bestehende Angebote unter einem neuen Label zusammen, aber schafft kaum neue Angebote. Dabei gelingt es nicht einmal hessenweit gleiche Standards zu schaffen. Die Kosten für das Nachmittagsangebot ab 14.30 Uhr liegen bei bis zu 200 Euro im Monat. Selbst für die Zeiten bis 14.30 Uhr – für die das Land verantwortlich zeichnet – werden an einigen Schulen bis zu 59 Euro im Monat erhoben.

Laut einer Studie der Sportjugend Hessen führen die zusätzlichen, zum Teil hohen Schulgebühren dazu, dass Kinder aus bildungsfernen bzw. finanziell schlechter gestellten Familien nicht an den Paktangeboten teilnehmen. So kommt Chancengleichheit nicht voran! Mit dem Pakt für den Nachmittag haben CDU und Grüne ein Schulgeld durch die Hintertür eingeführt.



2006 gingen tausende Studierende in Wiesbaden auf die Straße, um die von Schwarz-Gelb geplanten Studiengebühren zu verhindern.

burg 2012, in Bayern 2013 und in Niedersachsen 2014.

Ein Treppenwitz der Geschichte: Ausgerechnet Roland Kochs Vater, Karl-Heinz Koch, hatte 1949 erfolgreich vor dem hessischen Staatsgerichtshof gegen Unterrichtsgelder an den Universitäten geklagt. 2008 sah das der Staatsgerichtshof dann anders und billigte mit knapper Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen die schwarz-gelben Studiengebühren. Geklagt hatten über 80.000 Bürgerinnen und Bürger aus Hessen. Viele politische Beobachter hatten damals den Eindruck, dass das hessische Verfassungsgericht mit seinem Urteil völlig schief lag. Denn in der Verfassung heißt es in Artikel 59: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich (...)“

Unklar ist die heutige Haltung der hessischen Grünen. Im Verfassungskonvent haben sie vorgeschlagen, nur die „grundständige Ausbildung“ kostenfrei zu halten. Das heißt: Für ein Masterstudium nach dem Bachelor könnten Studiengebühren wieder eingeführt werden. Dazu sagte Norbert Schmitt, SPD-Obmann im Verfassungskonvent: „Mit der SPD wird es keinen Freibrief für Bildungsgebühren in der Verfassung geben.“

CAMPUSMAUT MUSS GESCHICHTE BLEIBEN

Keine Studiengebühren in Hessen seit 2008

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Von GERT-UWE MENDE

Hessen vorn – diesen Anspruch hat der Hessische Landtag 2008 mit der Abschaffung der Studiengebühren durchgesetzt. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP wurde die sogenannte Campusmaut in Höhe von 500 Euro pro Semester nur wenige Jahre nach ihrer Einführung durch die schwarz-gelbe Koalition wieder abgeschafft.

Vorausgegangen war ein politischer Krimi. Der geschäftsfüh-

rende Ministerpräsident Roland Koch versuchte mit allen Tricks, die Studiengebühren zu retten. Doch auch sein letzter Versuch, das Gesetz aufgrund eines Formfehlers zu blockieren, scheiterte schließlich.

Hessen übernahm damit eine Vorreiterrolle in Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Danach wurden in weiteren Ländern die allgemeinen Studiengebühren für das Erststudium wieder abgeschafft: im Saarland 2010, in Baden-Württemberg und Ham-

GEBÜHRENFREIE BILDUNG GEHÖRT IN DIE VERFASSUNG

Vorschläge der SPD Hessen zur Verfassungsreform

SPD-LANDESVERBAND – Text **SUSANNE SELBERT**

FAKTEN GEBÜHRENFREI VON KRIPPE BIS UNI

Der konkrete Formulierungsvorschlag der hessischen SPD für die Verankerung der Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Uni in Artikel 59 der Hessischen Verfassung lautet:

1. In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. **Studiengebühren werden nicht erhoben.** Unentgeltlich sind auch die Lehrmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muss vorsehen, dass für begabte Kinder sozial benachteiligter Familien Erziehungsbeihilfen zu leisten sind.

2. **Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung durch den unentgeltlichen Besuch einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege.**

3. Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers oder der Schülerin abhängig zu machen.

Fettgedruckt sind die Änderungen gegenüber der geltenden Verfassung.

Die Mütter und Väter unserer Hessischen Verfassung waren sich 1946 ihrer Verantwortung bewusst und einig in dem Bestreben, einen freiheitlichen Rechtsstaat wiederherzustellen sowie die Demokratie zu gründen und zu sichern. Georg August Zinn machte deutlich, dass Inhalt und Ziel der neuen Verfassung der Forderung entsprechen sollten, „in feierlicher Form die Abkehr von der Ideologie des Nationalsozialismus zu vollziehen, die Menschenwürde und die Menschenrechte wiederherzustellen und die Staatsordnung erneut auf die Unverbrüchlichkeit des Rechts zu gründen.“

Prägendes Leitmotiv war aber darüber hinaus der Wille, eine umfassende Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in der Verfassung zu garantieren. Die Artikel in dem Abschnitt „Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten“ zeugen eindrucksvoll davon. Insbesondere die verfassungsrechtlich gebotene Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und die gebotene Förderung von Familien verpflichten uns auch heute, den geänderten Lebenswirklichkeiten Rechnung zu tragen.

Familie bedeutet mittlerweile, dass es eine große Vielfalt unterschiedlich strukturierter Formen des Zusammenlebens von Menschen gibt. Allen Formen ist zu eigen, dass die Belastungen, denen Familien ausgesetzt sind, ständig steigen. Dies gilt insbesondere auch für die materielle Situation vieler Familien. Nirgendwo ist das Armutsrisiko größer als in Lebensgemeinschaften mit mehreren Kindern.

Es darf aber gerade nicht von der Ein-

komposition abhängen, ob sich Eltern den Besuch



Der bunte Löwe hat als Abwandlung des hessischen Wappentiers 2016 auf das 70-jährige Bestehen der Landesverfassung aufmerksam gemacht.

FAKTEN RENOVIERUNG NACH 70 JAHREN

Die Hessische Verfassung ist im vergangenen Jahr 70 Jahre alt geworden. Sie ist im Laufe der Zeit mehrfach durch Volksabstimmungen geändert, aber nie grundlegend reformiert worden. Der Hessische Landtag hat in dieser Wahlperiode eine Enquetekommission zur Verfassungsreform eingesetzt, die als „Verfassungskonvent“ Reformvorschläge erarbeiten soll. Die hessische SPD hat eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Fraktion und Landesverband eingesetzt, um entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Über Verfassungsänderungen wird voraussichtlich mit der nächsten Landtagswahl abgestimmt. Alle Vorschläge der SPD finden sich unter www.spd-fraktion-hessen.de/verfassung.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder in der Tagespflege leisten können. Die optimale individuelle Förderung aller Kinder muss unser Ziel sein. Kinderbetreuungseinrichtungen leisten einen herausragenden Beitrag zur Chancengleichheit durch Bildung. Hier können Fähigkeiten verstärkt und weiterentwickelt und individuelle Beeinträchtigungen früh erkannt sowie soziale Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Recht auf kostenfreie Bildung

Gerade deshalb ist es so wichtig, die gebührenfreie Bildung von Anfang an – von der Kita bis zur Uni – verfassungsrechtlich verbrieft zu gewährleisten.

Recht auf Teilhabe behinderter Menschen

Zu den 21 Ergänzungsvorschlägen unserer Arbeitsgruppe Verfas-

sungsreform zählt im Bereich der sozialen Gerechtigkeit auch die Inklusion behinderter Menschen. Diese soll als Staatsziel in die Landesverfassung eingefügt werden. Das Land muss sich explizit für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihre gleichberechtigte Teilhabe einsetzen.

Kinderrechte stärken

Auch die Kinderrechte sollen in der Verfassung verankert werden. Es ist schon lange durch das Bundesverfassungsgericht anerkannt, dass Kinder selbst Träger von Grundrechten sind. Die Hessische Verfassung sollte dem Rechnung tragen und ausdrücklich festschreiben, dass jedes Kind ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den Schutz vor Gewalt, Ver-

nachlässigung und Ausbeutung hat. Verfassungen müssen geänderten Lebensbedingungen und neuen Herausforderungen Rechnung tragen. Die Forderung nach gebührenfreier Bildung, nach Teilhabe und der Verankerung von Kinderrechten entspricht zweifelsohne dem prägenden Leitmotiv der Verfassungsmütter und -väter, soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Hoffen wir, dass diese Änderungswünsche auf breiter politischer Basis mitgetragen werden. Ich bin mir sicher, für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger würde eine dergestalt modernisierte Landesverfassung auch zu einer stärkeren hessischen Identitätsbildung beitragen.

Umfassende Vorschläge zur Verfassungsreform haben Susanne Selbert, Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Schmitt vorgestellt.



Susanne Selbert ist Erste Kreisbeigeordnete im Landkreis Kassel. Sie leitet gemeinsam mit Norbert Schmitt die Arbeitsgruppe Verfassung der hessischen SPD.

FOTO: HEIKO MEYER



»Sagen Sie mal, Herr Schäfer-Gümbel ...« Drei Fragen von Fabian Pflume

SPD-LANDESVERBAND

1 Fabian Pflume: Kosten für Bildung entstehen nicht nur durch Gebühren: Die Anschaffung von Schulmaterial, Übungsheften, Deutschlektüren, Taschenrechnern etc. belastet den Geldbeutel der Eltern ebenfalls stark. Wie steht die SPD zur Einführung echter Lernmittelfreiheit?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Das CDU-geführte Kultusministerium sieht bei der Lernmittelfreiheit alles im Lot. Als Vater von drei Kindern sehe ich hingegen die zunehmende finanzielle Belastung der Eltern. Da werden mal ein paar Euro für Lektüre fällig, dann für Kopien oder anschließend für anderes Arbeitsmaterial. Grundsätzlich finde ich es richtig, dass Schulen im Rahmen ihrer Budgetverantwortung entscheiden, was beschafft wird. Aber die Etats dafür haben weder mit den Preisen noch mit der technischen Entwicklung Schritt gehalten. Da muss nachgebessert werden.

2 Fabian Pflume: Der in Hessen von der schwarz-grünen Landesregierung eingeführte „Pakt für den Nachmittag“ ist eine kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung, die Familien pro Kind teilweise über 200 Euro im Monat kostet.

Wie sieht der Gegenentwurf der SPD zur Schaffung echter Ganztagschulen aus und wer soll dafür zahlen?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Der „Pakt für den Nachmittag“ ist ein politisches Feigenblatt der schwarz-grünen Regierung, das maßgeblich von den Eltern und den Kommunen finanziert wird. Im Bundesvergleich ist Hessen abgehängt beim Thema Ganztagschulen. Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau. Jedes Kind soll das Angebot haben, in erreichbarer Nähe eine echte Ganztagschule zu besuchen. Finanziert werden kann das über einen Stufenplan, der überfordert den Haushalt nicht.

3 Fabian Pflume: Die Zahl der Privatschüler hat in Hessen und Deutschland im vergangenen Jahr einen Rekordstand erreicht. Was möchte die SPD tun, um zu verhindern, dass nicht all diejenigen, die es sich leisten können, auf dem privaten Weg und für viel Geld bessere Bildung erhalten als der Rest?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Privatschulen haben ihre Berechtigung, wenn sie die Schullandschaft bereichern, wie beispielsweise Waldorf- oder Montessori-Schulen oder Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Wenn Privatschulen

aber deshalb boomen, weil staatliche Schulen baufällig sind oder es an Sachmitteln und Personal mangelt, dann ist es höchste Zeit umzusteuern. Die Schulaufsicht muss genau hinsehen, denn das Grundgesetz schreibt vor, dass der Besuch von Privatschulen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf.

Fabian Pflume (18) ist neuer Landesschulsprecher. Er besucht die Internatsschule Schloss Hansenberg. Seine Ziele: Stärkung der politischen Bildung an Schulen, Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität, Abschaffung von Hausaufgaben.

Fabian Pflume



Wollten Sie von Thorsten Schäfer-Gümbel auch schon immer etwas wissen? Bitte senden Sie Ihre drei kurzen Fragen an:

SPD-LANDESVERBAND
HESSEN, REDAKTION
„ZUKUNFT HESSEN“,
RHEINSTRASSE 22,
65185 WIESBADEN

FOTO: PRIVAT

WIR BLEIBEN AM BALL

EINKOMMEN UND ARBEIT IN DER AUTOMOBILINDUSTRIE SICHERN

Zwei wichtige Themen standen im Zentrum der Ausgabe 4/2016: die Verkehrswende und die Zukunft der Automobilindustrie. Bei beiden Themen ist die SPD-Landtagsfraktion am Ball geblieben.

Am 19. Mai fand in Baunatal die erste Veranstaltung der neuen Reihe „Hessen von morgen“ statt. Thorsten Schäfer-Gümbel diskutierte am nordhessischen VW-Standort mit dem VW-Betriebsrat Carsten Bätzold und Bürgermeister Manfred Schaub darüber, wie angesichts der Entwicklung der Elektromobilität Einkommen und Arbeit in der Automobilindustrie

gesichert werden können. Manfred Schaub betonte die Bedeutung der Betriebsräte als Gesprächspartner für Zukunftsfragen. „Die Betriebsräte haben immer die Arbeitsplätze im Blick und setzen auf langfristige Entwicklungen, anders als Unternehmensvorstände, die häufig nur kurzfristig denken.“

Betriebsrat Carsten Bätzold veranschaulichte den bevorstehenden Strukturwandel an zwei Zahlen. Der Antriebsstrang bei einem Verbrennungsmotor habe rund 1400 Teile, bei einem Elektromotor nur 200. Auf diese Veränderung müsse sich das Unternehmen einstellen,

und zwar nicht mit dem Auflegen von Sparprogrammen, sondern durch einen echten Zukunftspakt.

„Die Zeit läuft uns davon“, befürchtet Thorsten Schäfer-Gümbel. „Die Verantwortung wird hin und her geschoben zwischen Regierung, Markt, Industrie und Verkehrsunternehmen. Die Politik muss ihren Gestaltungsanspruch endlich realisieren und die Zuständigkeiten bündeln.“ Vor der Diskussionsveranstaltung hatte Schäfer-Gümbel bei einem Praxistag eine Schicht lang im VW-Werk mitgearbeitet und dort viele unmittelbare Eindrücke gewonnen.



FOTO: FOTOLIA/INDUSTRIEBLICK



FOTO: GERT-UWE MENDE

Der Wille zu politischer Gestaltung wird schon in der Überschrift deutlich: „Hessen von morgen“ heißt eine neue Veranstaltungsreihe der SPD-Landtagsfraktion Start war in Baunatal mit Carsten Bätzold, Manfred Schaub und Thorsten Schäfer-Gümbel zur Zukunft der Automobilindustrie..

LUFT & LIEBE?

Wovon Menschen leben SPD-LANDESVERBAND

SANDRA KIRSCH (34)
ERZIEHERIN UND KITA-LEITERIN

In den Berufswunsch Erzieherin ist Sandra Kirsch praktisch hineinsozialisiert worden – bereits als Jugendliche organisierte sie Ferienfreizeiten und Gruppenstunden für Kinder. Bis 2009 arbeitete sie als Erzieherin bei einer kirchlichen Einrichtung, danach übernahm sie die Leitung einer AWO-Kita in Wiesbaden. Familie und Beruf teilt sie mit ihrem Mann partnerschaftlich – so übernahm sie die ersten beiden Elternzeiten, er die für das dritte Kind. Dennoch wäre vieles für die beiden berufstätigen Eltern nicht möglich, wenn nicht auch die Omas regelmäßig einspringen würden.

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Sandra Kirsch lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern (5 Jahre, 2 Jahre und 4 Monate) in ihrem Haus in Kostheim. Vor knapp zwei Jahren wurden sie fündig und finanzieren seitdem ihr Eigenheim. Die Sanierung wurde größtenteils in Eigenleistung erbracht. Die Familie besitzt einen Kombi und einen Kleinbus. Einmal im Jahr steht Familienurlaub in den Bergen an. Beide Elternteile haben feste Anstellungen und verdienen gut.

Was ist Ihnen wichtig?

Den Spagat zwischen Beruf und Familie gut zu schaffen. Beides ist mir wichtig und in beides stecke ich mein Herzblut hinein.



Sandra Kirsch mit ihrem Sohn Bruno.

Diesmal direkt nach dem Mutterschutz arbeiten zu gehen, fällt mir leicht, da ich die Unterstützung meines Mannes und meines Arbeitgebers habe. Ich arbeite in Gleitzeit und kann meinen langen Arbeitstag mit Homeoffice beginnen. Das lässt mir mehr Zeit mit meiner Jüngsten und ermöglicht mir trotzdem meine Arbeit zu schaffen.

Was würden Sie ändern?

Ich würde mir wünschen, dass soziale Berufe wie die eines Erziehers oder Pflegers in der Gesellschaft noch mehr Anerkennung finden

würden. Mittlerweile sind wir hier auf einem guten Weg. Es werden so hohe Erwartungen in die Ausübung dieser Berufe gesteckt. Die Kollegen tragen ein hohes Maß an Verantwortung und unterliegen einer großen Arbeitsbelastung. Das muss nicht nur entgeltlich bezahlt werden, sondern auch Respekt verdienen. Ich bin froh bei einem Arbeitgeber zu arbeiten, der dies schon vor den vielen Streiks gesehen hat und bei der 38,5-Stunden-Woche geblieben ist sowie die jetzige Eingruppierung der Erzieher schon seit mehreren Jahren vorgenommen hat.

KLOTZ AM BEIN

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Das KiföG hilft nicht, sondern stört

Vor dem Frankfurter Römer haben 2013 tausende Eltern gegen das KiföG demonstriert. Schwarz-Gelb hat sich über alle Bedenken hinweggesetzt.



FOTO: DPA – NICOLAS ARMER

FOTO: PRIVAT

Fast 500 Druckseiten umfasst die Bilanz zum Hessischen Kinderförderungsgesetz (KiföG), mit der die Folgen des 2014 in Kraft getretenen Gesetzes untersucht werden. Und diese Bilanz ist ernüchternd: Das KiföG hat zur Qualitätsverbesserung nahezu nichts beigetragen. Es ist aufgrund seiner komplizierten Regelungen ein Klotz am Bein der Kindertagesstätten. Kita-Leitungen, Kommunen, Träger, Jugendämter und Eltern lehnen das Gesetz weiterhin mehrheitlich ab.

Das KiföG wurde 2012 nach heftigen Debatten gegen den Widerstand nahezu aller Fachleute von CDU und FDP im Hessischen Landtag beschlossen. Unter dem

Motto „Kita-Qualität im Sinkflug“ hatten Eltern, Erzieherinnen und Erzieher massiv gegen das Gesetz gekämpft. An ihrer Seite stritten damals die Oppositionsfraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen das schwarz-gelbe Vorhaben. Doch seitdem die Grünen der Koalitionspartner der CDU sind, haben sie sich von der damaligen Position verabschiedet.

Die KiföG-Bilanz hat der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Gerhard Merz, so bewertet: „Es ist so gekommen, wie wir es befürchtet haben. Die Kita-Leitungen müssen sich mit äußerst komplizierten Zuschussregelungen,

FAKTEN

ABLEHNUNG ÜBERWIEGT

Zwei Drittel (67 Prozent) der Kita-Leitungen lehnen das KiföG ab. Bei den Kommunen liegt die Ablehnung bei 57 Prozent, bei den Trägern von Tageseinrichtungen bei 55 Prozent und bei den Jugendämtern sind es 73 Prozent. 48 Prozent der Elternvertretungen lehnen das Gesetz ab, nur bei 31 Prozent stößt es auf Akzeptanz.

Bei zehn von elf Qualitätsaspekten haben sich durch das KiföG keine Verbesserungen ergeben. Teilweise sehen die Kita-Leitungen sogar Verschlechterungen. Während zwölf Prozent eine schlechtere Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote angeben, sprechen nur neun Prozent von Verbesserung. 63 Prozent sehen keinen Unterschied.

Quelle: Evaluationsbericht der Landesregierung



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DIE LIEBLINGSREZEPTE UNSERER ABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 8 PERSONEN

- 30 St. Löffelbiskuits
- 300 ml Kaffee
- 1 kg Erdbeeren
- 15 ml Amaretto
- 500 g Mascarpone
- 500 g Quark (40% Fett)
- 100 g Puderzucker
- 3 EL Kakaopulver



Erdbeertiramisu

SPD-LANDESVERBAND HESSEN – Text **TOBIAS ECKERT, MDL**

Jetzt ist wieder Erdbeerzeit. Endlich gibt es die Beeren wieder frisch von hessischen Feldern. Von den vielen Varianten, Erdbeeren zu genießen, ist in meiner Familie dieses Rezept meiner Mutter für Erdbeertiramisu eine der beliebtesten.

Und so geht es: Die gewaschenen Erdbeeren putzen und vierteln, die Hälfte davon sehr klein schneiden. Die Löffelbiskuits mit der Zuckerseite nach oben in eine Schüssel

legen und löffelweise mit Kaffee beträufeln. Quark (40% Fett) und Mascarpone mit ein wenig stark aufgebühtem Kaffee, Amaretto und Puderzucker verquirlen. Die Creme über die Kekse streichen, sodass sie bedeckt sind.

Die Hälfte der Erdbeeren pürieren und mit den geviertelten Erdbeeren vermischen. Diese Obstmischung vorsichtig über die Creme geben, dann wieder eine Biskuitschicht darauf verteilen und

ebenfalls mit Kaffee beträufeln. Mit einer Schicht Creme bedecken und die restliche Erdbeersoße darüber verteilen. Die oberste Schicht ist noch einmal die Mascarpone-Creme.

Das Tiramisu für ein paar Stunden – am besten über Nacht – kalt stellen. Kurz vorm Servieren mit Kakaopulver bestäuben. Fertig.

Ich wünsche guten Appetit.



Die y-not GmbH ist der Spezialist für Ihre Wahlkampfwerbung!

Mit einem breiten Sortiment eigens für den Wahlkampf konzipierter Artikel und unseren hauseigenen Veredelungsbetrieben, können wir Ihnen nicht nur flexiblen und schnellen Service, sondern auch eine sorgfältige Auftragsabwicklung garantieren.

Wir freuen uns darauf, Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!

GUTE GESPRÄCHE BEI ÄPPLER UND COMEDY

Apfelweinanstich und Frühlingsempfang

Fotos: **JULIA BETTENDORF (WIESBADEN) UND FRANK OSSENBRINK (BERLIN)**

Zum lockeren Gedankenaustausch in freundlicher Atmosphäre laden die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband jedes Jahr nach Wiesbaden und Berlin ein. Beim Frühlingsempfang der Landtagsfraktion in Wiesbaden und beim Apfelweinanstich in Berlin stehen

Gespräche mit Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und vielen anderen Multiplikatoren im Mittelpunkt. Zu beiden Anlässen kamen jeweils über 300 Gäste, die sich angeregt über vielfältige Themen ausgetauscht haben.

Sozialer Zusammenhalt als Kernthema der Ansprache von Thorsten Schäfer-Gümbel. ↓



↑ Gut gelaunte Gäste im regen Gespräch.



Volles Haus im Hessischen Landtag beim Frühlingsempfang.



Wunderbarer A-capella-Gesang der „Rotkehlchen“. ↓



Kritisches Spiel mit Klischees: die Kabarettistin Senay Duzcu.



Staatsminister Michael Roth (rechts) im Gespräch mit Jörn Dulige, Vertreter der evangelischen Kirchen.

Generalsekretärin Nancy Faeser mit den Apfelblütenköniginnen. ↓



Ein kleiner Stilbruch: Bier beim Apfelweinanstich. Aber immerhin gezapft vom Pfungstädter Bürgermeister Patrick Koch für Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries. ↓



Zum achten Mal fand unter dem Motto „Bembel und Politik“ der SPD-Apfelweinanstich in Berlin statt.

Für Hessen in Berlin: die SPD-Bundestagsabgeordneten Bettina Müller, Sascha Raabe und Dagmar Schmidt. ↓



Ein Prosit auf Hessen und den Apfelwein mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann (Mitte). →



„DIE BESTEN SCHULEN MÜSSEN IN DEN SCHWIERIGSTEN VIERTELN STEHEN“

Prof. Dr. Jutta Allmendinger bei der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Berlin

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **CHRISTOPH GEHRING**



Bildungspolitik war ein Schwerpunkt der Frühjahrsklausur der SPD-Landtagsfraktion. Dazu sprach Prof. Dr. Jutta Allmendinger (2. v. l.) – hier mit Nancy Faeser, Thorsten Schäfer-Gümbel, Günter Rudolph und Christoph Degen.

Zum „Nutzen und Schaden von Bildungsreformen“ referierte die Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Prof. Dr. Jutta Allmendinger, bei der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in

Berlin. Und sie musste gleich zu Beginn eingestehen, dass eine valide Evaluation der zurückliegenden Schulreformen faktisch unmöglich ist – dazu hätten die Länder in den vergangenen 30 Jahren ihre Bildungssysteme zu

oft verändert. „Die Effekte der Maßnahmen, die im weitesten Sinne als ‚Bildungsreformen‘ betrachtet werden müssen, lassen sich kaum beurteilen. Denn diese Reformen brauchen Jahre, ehe sie Wirkung zeigen können. Diese Zeit aber nehmen sich die Bildungspolitiker nicht, stattdessen bringen sie, kaum ist eine Neuerung angeschoben, schon die nächste Reform auf den Weg“, stellte Allmendinger fest. Kritik übte Deutschlands profilierteste Bildungsforscherin vor allem daran, dass viele Veränderungen an den Schulen ohne die erforderlichen Vorbereitungen ins Werk gesetzt worden seien. Allmendinger sagte: „Für die Verkürzung der Gymnasialzeit, also das berüchtigte G8, gab es praktisch keine curriculare Unterlegung. Da wurde ein Schuljahr gestrichen, ohne dass die Lehrpläne entsprechend angepasst wurden. Die Dreigliedrigkeit der weiterführenden Schulen wurde

vielfach aufgegeben, ohne dass zuvor die Lehrerausbildung entsprechend neu gestaltet wurde. Und für die Inklusion fehlen erkennbar die passend ausgebildeten Förderlehrer, weshalb die Inklusionsvorhaben in der Praxis mehr Schwierigkeiten machen als erwartet.“

Aus diesem Grund plädiert Jutta Allmendinger dafür, Bildungsreformen strukturell gründlich vorzubereiten. Wirkung und Nebenwirkungen von Reformvorhaben in langfristig angelegten Pilotprojekten zu evaluieren, bevor diese zur Regel würden, sei einfacher, als unerprobte Neuerungen allgemeinverbindlich zu implementieren und auf diese Weise schon den nächsten Reformbedarf anzulegen.

Nicht nur die Geschwindigkeit der Reformen sei zu hoch, sondern auch das Lerntempo zu Beginn des typischen deutschen Bildungsweges. Jutta Allmendinger sagte: „Jedes Kind hat seine eige-

ne Entwicklungsgeschwindigkeit. Jungs brauchen meistens länger als Mädchen. Und keinem Kind kann man am Ende der 4. Klasse verlässlich vorhersagen, welcher weiterführende Bildungsweg der richtige ist. Wenn aber so früh eine Festlegung erfolgen muss, dann führt das zu erratischen Entscheidungen der Eltern und der Lehrer.“ Sie plädiere deswegen für eine schulische Orientierungsphase, in der die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler und deren persönliche Entwicklung beobachtet und gefördert werden sollten.

„Eines unserer Probleme ist natürlich, dass die Bildungspolitik meistens isoliert betrachtet wird. Tatsächlich aber müssen Bildungs-, Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik viel stärker als heute verschränkt werden, um die unterschiedlichen Bildungsphasen und Bildungsformen in einen größeren Kontext einzubetten“, forderte Allmendinger.



Prof. Dr. Jutta Allmendinger ist Soziologin und seit 1. April 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.

Die Bildungsexpertin warnte vor einer fortschreitenden Segregation, insbesondere der Schulen. In Großstädten sei bereits das Phänomen zu beobachten, dass es einzelne Schulen gebe, die ausnahmslos von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht würden, während in anderen Schulen der Anteil von Migranten null betrage. „Selbstverständlich haben Kinder, die nicht als Muttersprachler aufwachsen, einen anderen schulischen Förderbedarf. Deswegen muss die Ausstattung der Schulen auf den Standort und das soziale Gefüge der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten werden. Anders gesagt: Die Stadtviertel, die als sozial problematisch gelten, müssen die besten Schulen und Kindergärten bekommen. Dort müssen die Betreuungsschlüssel zuerst verbessert, die Klassenzimmer zuerst renoviert, die zusätzlichen Sozialpädagogen und Familienhelfer zuerst eingesetzt werden“, so die Forderung von Jutta Allmendinger.

FAKTEN VERKORKSTE G8-REFORM

Vor hektischen und unüberlegten Reformen im Schulwesen hat Prof. Dr. Jutta Allmendinger deutlich gewarnt. Ein negatives Musterbeispiel für eine solche verkorkte Reform war die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit (G8) in Hessen durch die CDU 2004. Schon damals lagen alle Gegenargumente auf dem Tisch. Eltern, Schüler, Lehrer und Landtagsopposition kritisierten gemeinsam, die Reform sei überstürzt und nicht durchdacht. Nachdem eine ganze Schülergeneration quasi zu Versuchskaninchen für eine allein ideologisch begründete Reform gemacht worden ist, die zu großen Verwerfungen an den Schulen führte, wurde ab 2014 wieder von G8 zu G9 zurückgewechselt. Zur Gesichtswahrung der auf ganzer Linie gescheiterten CDU wurde allerdings kein klarer Schnitt gewagt, sondern wieder auf Zeit gespielt.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID



Blick auf den Hoherodskopf mit dem markanten Sendemast.

PORTRÄT: MICHAEL ZARGARIN/AD



Rau und unaufgeregt: der Vogelsberg – Dietrich Faber, Kabarettist, Autor und Musiker

SPD-LANDESVERBAND

Ja, ich bin ein Landei. Ich gebe es zu. Ich bin ein überzeugter Provinzler und inzwischen uncool und alt genug, dies auch zuzugeben.

Ich liebe die Natur, die Stille, die Weite, das Nichts und somit folgerichtig den Vogelsberg. Und lasse noch folgerichtiger meine Romane dort spielen.

Alles fing damit an, dass mein Großvater in den 50er Jahren mitten in einen Vogelsberger Wald nahe Schotten und Hoherodskopf ein Wochenendhaus baute.

Es liegt wunderschön allein gelegen auf einer Höhe von 500 Metern, und drumherum gibt es nichts außer Wiesen und Bäume. Von der Terrasse aus kann man, von zirpenden Grillen und stechenden Mücken umgeben, bis hinüber in den Taunus blicken.

Für mich ist dieses Haus heute ein perfekter Rückzugsort zum Schreiben, zum Nachdenken, zum Alleinsein, zum Musikmachen, zum Spaziergehen.

Klingt kitschig und romantisierend, ist es allerdings auch. Und wenn ich dort an meinen Büchern und Shows arbeite, wird mir nicht selten dankbar

klar, dass es wahrlich schlimmere Arbeitsplätze gibt.

Es brauchte nicht viel Phantasie, meine Geschichten in dieser Gegend spielen zu lassen. So siedelte ich meine Hauptfigur, den Kommissar Bröhmann, mit seiner Familie in seinem Grenzgebiet Wetterau/Vogelsberg an, im still gelegenen Stadtteil von Nidda, in Bad Salzhausen.

Ja, der Vogelsberg ist tatsächlich zu einem meiner Lieblingsplätze in Hessen geworden.

Übrigens lässt er sich offiziell als „Europas größter Vulkan“ feiern und verweist nicht ohne Stolz darauf, dass er an Durchmesser und Fläche den Ätna aber mal ganz locker in die Tasche steckt. Nur eines tut er sicher nicht mehr, der Vogelsberg: ausbrechen.

Das hat der erloschene Vulkan mit seinen heutigen Bewohnern gemein. Er weiß, was er an sich hat. Das gefällt mir so. Die weite, raue, unaufgeregte und manchmal karge Landschaft genügt sich selbst und braucht alles andere als modernistische Veränderungen und erst recht keine Ausbrüche.

HESSEN ZUERST!

Der nächste Krimi von Dietrich Faber, in dem Ex-Kommissar Henning Bröhmann am Vogelsberg ermittelt, erscheint am 22. September. Das Motto von „Hessen zuerst“ heißt: Wuthessen gegen Guthessen. Buchpremiere ist am 1. Oktober im Stadttheater Gießen. Alle Tour-Termine unter www.dietrichfaber.de

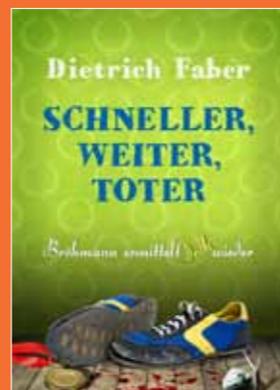


FOTO: ROWOHLT/SOLARIS

IMMER DAS RICHTIGE ...



Button „Zeit für Martin.“ - Artikel-Nr. A101001

Und das aus einer Hand. Egal, ob Gummibärchen, Roll-Up-Display, individuell gestaltete Give-Aways mit eurem Slogan oder aktuelles Kampagnen-Material: Wir sind euer Dienstleister rund um SPD-Wahlkampfmaterialien.

Der neue SPD-Shop: Einfach praktisch.

SHOP.SP.DE



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V. I. S. D. P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13

HESSEN
SPD

LAYOUT: Manuela Kuhn . Grafik-Design
www.manuelakuhn.de

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheistrae 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION: Dr. Wilfried Lamparter/Gert-Uwe
Mende (verantwortlich), Michael Fraenkel,
Christoph Gehring, Isabel Neumann,
Gerfried Zluga-Buck

BILDER: Titel: Dmitry Naumov - Fotolia
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der
SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

Was auch immer die
Zukunft bringt –
mit der Post
kommt es an.



Ob auf der Datenautobahn oder über die Landstraße.
Wir sorgen auch in Zukunft dafür, dass Ihre Post rechtzeitig ankommt.

Entdecken Sie die Deutsche Post neu: www.facebook.com/deutschepost

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.